

## Beuth agiert erbärmlich

Zu: „Systematisches Behördenversagen“, FR-Region vom 6.12.

Der im Landtag diskutierte Abschlussbericht zur Ermordung in Hanau zeigte in vielfältiger Weise ein systematisches Behördenversagen auf. Wie reagiert der noch zuständige Innenminister Peter Beuth gegenüber den anwesenden Opferfamilien? Gar nicht! Dies ist erbärmlich und seiner Dienstaufgabe in keinsten Weise angemessen. Er hat die historische Chance verpasst, manches klarzustellen.

Dieter Obst, Wiesbaden

## Der Charme eines Pissoirs

Zu: „U-Bahn-Stationen neu gestalten“, FR-Region vom 24.10.

Die Kulturpolitiker\*innen des Römerbündnisses wollen die U-Bahn-Haltestellen von ihrem „oft noch tristen Dasein“ befreien. Man schwärmt unisono von „prägnanter Architektur“ und „außergewöhnlicher Optik“ mit Beispielen aus der Innenstadt, Neapel und Stockholm.

Geht es eine Nummer kleiner? Wie wäre es mit einem Besuch an U-Bahnhöfen, die weiter vom Zentrum entfernt liegen? Ich empfehle die U-Bahnstation Hedderheim, wo die Unterführung vor allem nach Wochenenden den Charme eines Pissoirs hat, optisch und olfaktorisch. Und danach einen Abstecher zur Station Römerstadt, wo seit Jahren die Leitungen aus den Decken baumeln und man durch den Taubenkot waten muss, um zum Ausgang Hadrianstraße zu gelangen. Nicht nur eklig, auch gesundheitsgefährdend für die vielen Schülerinnen und Schüler der Geschwister-Scholl-Schule, die da täglich durchgehen müssen.

Es ist nicht das erste Mal, dass ich den Eindruck habe, dass sehr viele Stadtverordnete ihre – nein, unsere – Stadt nur von ihrer Schokoladenseite kennen.

Hannah de Graauw-Rusch, Frankfurt

## Frankfurt, schäm dich!

Wohnungsräumung: „Leiser Abschied aus dem Nordend“, FR-Region v. 29.11.

Dem ehrenwerten Stifter Franz-Anton Gering hat die Stadt Frankfurt am Main nicht mal seinen Grabstein mit seinem Namen gelassen. Sein Vermächtnis, hilfsbedürftigen Frauen preiswerten Wohnraum zu geben, wird mit Füßen getreten. Wenn er all das wüsste! Er würde sich im Grabe umdrehen? Das kann er nicht, da sein Ehrengrab geöffnet wurde und vier fremde Tote auf ihn gelegt worden sind. Dafür sollte sich die Stadt Frankfurt am Main schämen. Emma M. Ceren, Frankfurt



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

**Schreiben Sie an:**

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Mailen Sie an:**

Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

### ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/f20231211](http://frblog.de/f20231211)

### FR ERLEBEN

**Bernd Hontschik**, Chirurg und FR-Kolumnist, spricht zum Thema „40 Jahre ‚Volkszählungsurteil‘ – 40 Jahre Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und der heutige Umgang mit Gesundheitsdaten am Beispiel der elektronischen Patientenakte“. Mit dem Datenschützer Roland Schäfer.

**Montag 18. Dezember, 19 Uhr  
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5  
Frankfurt**

## Im zweiten Gang entstehen mehr Abgase

Frankfurt: „20 km/h in der City“, FR-Region vom 6. Dezember

### Oszillierend zwischen Vernunft und Wahn

Die Römerkoalition zeigt endgültig, dass ihre Verkehrspolitik allein von Autohass getrieben ist. Bei Tempo 20 kann man nur noch im zweiten Gang fahren – was mehr Abgase emittiert, als bei Tempo 40 im dritten Gang. Da gleichzeitig auch von Straßen wie Grüneburg- und Oeder Weg der Autoverkehr auf Umwege durch die Wohnviertel gezwungen wird, werden auch hier durch die verlängerten Fahrstrecken mehr Abgase emittiert als bei zügigen Fahrten auf kürzesten Wegen. Und die Verengung von Hauptverkehrsstraßen wie der Friedberger Landstraße führt zu ständigen Staus – mit mehr Abgasen als nötig. Darüber hinaus steckt auch der Bus darin fest, was zeigt, dass

den Römerpolitikern auch der ÖPNV schnurzipiegal ist. Eine große Zahl von Menschen in Bus und Auto wird im Stau blockiert, während auf dem breiten roten Radweg drei einsame Radfahrer gemächlich vorbeifahren – und auf dem Gehweg daneben noch mal zwei (habe ich selbst gesehen). Die neue Frankfurter Verkehrspolitik gehorcht offenbar zwei Dogmen: Abgas, Abgas, über alles, über alles in der Welt; und: Radfahrer sind heilige Weltretter, Fußgänger und Autofahrer störendes Kropfzeug, das weg muss.

Die Verkehrspolitik in Frankfurt oszilliert seit Jahrzehnten zwischen Vernunft und Wahn. Offenbar erleben wir gerade wieder eine Wahn-Episode. War es einstmals die „autogerechte Stadt“, danach die „schienenfreie Innenstadt“, soll nun die „fahr-

radgerechte Stadt“ das Heil bringen. Wann endlich begreift ein hiesiger Verkehrtpolitiker, dass es nur ein einziges erstrebenswertes Ziel gibt: die menschengerechte Stadt? Knut G. Emmert, Frankfurt

### Diese Regelung wird zu mehr Unfällen führen

Die Vorstellungen des Verkehrsdezernenten Wolfgang Siefert kann ich nicht unterstützen. Bei Tempo 20 für Pkw sind sehr viele Radfahrer schneller. Hat er schon einmal die Lastenräder gesehen, die teils rasant ohne Rücksicht unterwegs sind? Sehr viele Radfahrer missachten die Verkehrsregeln. Wenn ich das Verhalten der Radfahrer auf die Pkw-Fahrer umlege, steigen die Unfallzahlen stark an.

Steffen Dietrich, Frankfurt

## Nötigung durch E-Roller

E-Scooter: „Auf den Fußweg achten“, FR-Region vom 24. November

Nicht nur die Offenbacher Innenstadt befindet sich im Würgegriff von E-Roller-Fahrern. In Frankfurt lässt sich Ähnliches feststellen. Die Corpora Delicti sind immer gleich: E-Roller fahren auf Gehwegen und bedrängen Fußgänger oder rempeln sie an. Das ist besonders gefährlich für Behinderte und Passanten mit Kinderwagen, die nicht schnell ausweichen können. Nicht selten tragen die Opfer Verletzungen davon.

Auch an den meist illegalen Abstellplätzen herrschen katastrophale Zustände. So sind z.B. die Treppen zur B-Ebene des Südbahnhofs häufig von teils übereinander gelegten Rollern eingekesselt, so dass man nur mühsam die Treppen und Rolltreppen sicher erreichen kann. Auf den schmalen Gehwegen im Sachsenhäuser Hasenpfadviertel stolpert man regelmäßig über verkehrswidrig abgestellte E-Roller. Der private Gehweg, der von der Straße zum Eingang des Hauses führt, in dem ich wohne, wird regelmäßig von E-Rollern blockiert. Eine schwerbehinderte

Nachbarin konnte zwei Tage ihre Wohnung nicht verlassen, weil weder das Passieren mit Rollstuhl noch mit Stock plus Hilfestellung möglich war.

Trotz der Masse an Nötigungsdelikten sieht sich das Straßenverkehrsamt nicht in der Lage, für eine unverzügliche Entfernung der Roller zu sorgen. Es empfiehlt den Betroffenen sogar, eine E-Mail an den Sammelaccount der Verleihfirmen zu senden. Dabei ist bekannt, dass diese sich nicht an den Datenschutz halten und personenbezogene Daten speichern und verkaufen. Wer einen Strafantrag gegen den Benutzer eines E-Rollers stellen will und digitale Fotos des Tatorts beifügt, aus denen das Versicherungskennzeichen und die Metadaten über den exakten Zeitpunkt eindeutig hervorgehen, stößt an die Grenzen eines Rechtssystems, das E-Rollerfahrer noch nicht als Delinquenten erfasst hat.

Mein Fazit: Das Straßenverkehrsamt führt einen Krieg gegen Fußgänger und Behinderte.

Klaus Philipp Mertens, Frankfurt

## Steuern verschwendet

Zu: „Autonomer Bus stellt Betrieb ein“, FR-Region vom 21. Oktober

1,2 Millionen Euro für ein Verkehrsprojekt namens Easy-Bus, das nach nicht mal einem Jahr eingestellt wurde. Sofern man sich an die Vorschusslorbeeren und Lobhudeleien bei Einführung im November 2022 erinnert, verwundert es kaum, dass der Rhein-Main-Verkehrsverbund, die Frankfurter Nahverkehrsgesellschaft Traffiq, die Verkehrsgesellschaft Frankfurt sowie die Stadt Frankfurt nach dem Aus trotzdem ein positives Fazit ziehen. Immerhin wurden im Projektzeitraum von elf Monaten 2700 Fahrgäste befördert – in etwa so viel, wie die S-Bahn in wenigen Minuten befördert.

1,2 Millionen Euro für 2700 Fahrgäste – sprich: knapp 450 Euro für pro Fahrgast! Mit diesem Geld hätte man jeden einzelnen Fahrgast mit einem Taxi befördern können und ihn u.a. kulinarisch verwöhnen können. Easy-Bus ist ein Paradebeispiel für Verschwendung von Steuergeldern. Udo Käutner, Gladenbach

## Enormer Aufwand, wenig Effekt

Zu: „Fortsetzung der Wiesbadener Waffenverbotszone wahrscheinlich“, FR-Region vom 2. November

Allen Lobgesängen zum Trotz bleibe ich bei der Waffenverbotszone in Wiesbaden mehr als skeptisch. Mein Hauptkritikpunkt ist der enorme Aufwand. Er steht in krassem Missverhältnis zum Erfolg. In einer öffentlichen Informationsveranstaltung 2020 wurde berichtet, dass im ersten Jahr der Waffenverbotszone in Wiesbaden 10 000 Polizeiarbeitsstunden (Landes- und Stadtpolizei) aufgewendet wurden, um 100 gefährliche Gegenstände festzustellen. Dabei ist die „Gefährlichkeit“ einzelner Gegenstände mehr als zweifelhaft. Das macht also rund 100 Polizeiarbeitsstunden pro Gegenstand.

100 Stunden bedeuten nach herkömmlicher Rechnung rund 2,5 Wochen an Arbeitszeit!

Das Waffenrecht bietet m.E. genug Möglichkeiten, wirklich gefährliche Gegenstände einzuziehen. Insofern ist das Bild mit dem Schlagringsymbol in der FR an der Grenze zur Lächerlichkeit. Nebenbei bemerkt, ist Pfefferspray durch das Waffengesetz nicht erfasst.

Wenn wir nun Polizeistunden im Überfluss hätten, wäre mir eine Waffenverbotszone wahrscheinlich egal. Dem ist aber nicht so. Jede in der Waffenverbotszone verbratene Polizeiarbeitsstunde fehlt an anderer

wichtiger Stelle: Es gibt kein Personal, um die Sicherheit der Schulkinder am frühen Morgen gegen hektische Eltern-Taxis zu gewährleisten, eine Überwachung des ruhenden Verkehrs gibt es in einigen Wiesbadener Stadtteilen allenfalls sporadisch, Drogengeschäfte auf Spiel- und Bolzplätzen können durch fehlendes Personal nicht unterbunden werden. Taxifahrer verdrängen Radfahrer von der Umweltspur, weil es kein Personal zur Überwachung gibt. Kein Wunder, denn Stadtpolizei und andere suchen ja 100 Stunden lang nach einem einzigen gefährlichen Gegenstand. Herbert G. Just, Wiesbaden